

Jens Hildebrandt, Gewerkschaften im geteilten Deutschland. Die Beziehungen zwischen DGB und FDGB vom Kalten Krieg bis zur Neuen Ostpolitik 1955 bis 1969 (Mannheimer Historische Forschungen, Bd. 31), Röhrig Universitätsverlag, St. Ingbert 2010, 723 S., kart., 68,00 €.

Die Beziehungs- und Verflechtungsgeschichte der beiden deutschen Staaten ist ein Feld, das noch wenig beachtet ist. Noch deutlicher sind die Forschungslücken im Hinblick auf die Geschichte der Gewerkschaften in beiden deutschen Staaten. Dies gilt vor allem für den Zeitraum seit den späten 1950er Jahren, in dem sich die Teilung Deutschlands verfestigte und eine Wiedervereinigung als Perspektive schließlich in weite Ferne rückte. Jens Hildebrandt geht mit seiner für den Druck überarbeiteten Mannheimer Dissertation aus dem Jahr 2008 also ein mehrfaches Forschungsdesiderat an. Die periodische Eingrenzung ist überzeugend. Das Jahr 1955 markiert den offiziellen Beginn staatlicher Souveränität beider deutscher Staaten sowie mit der jeweiligen Einbindung in die verschiedenen Bündnissysteme die Manifestierung der deutschen Teilung. Von diesem Zeitraum bis zum Regierungsantritt Willy Brandts im Oktober 1969 vollzieht sich ein Prozess von Konfrontation, Abgrenzung über die Zäsur des Mauerbaus 1961 bis hin zur vorsichtigen Öffnung in Richtung einer Politik der „Normalisierung“. Welche Rolle die Gewerkschaftsbünde in der Bundesrepublik und in der DDR in diesem Prozess einnehmen und wie sich das Verhältnis zwischen beiden entwickelt, ist bislang nicht untersucht worden – ein Manko, das angesichts der Bedeutung der Gewerkschaften in den beiden deutschen Staaten überrascht. Die im DGB vereinten Gewerkschaften stellten in der Bundesrepublik Großorganisationen mit hoher sozialer Bindungskraft dar, die eine wesentliche Säule der Nachkriegsdemokratie verkörperten. In der DDR war der FDGB die mit Abstand größte Massenorganisation, deren Sozial- und Betriebspolitik im Dienste der SED Millionen von Werktätigen erreichte.

Hildebrandt leitet seine Arbeit umfassend ein. Er folgt einem politikgeschichtlichen Ansatz, der die Bedeutung von Ideologie ebenso integriert wie die prägende Kraft von unterschiedlichen Generationen in den entscheidenden Gremien der Gewerkschaftsbünde. Hildebrandt unterscheidet drei Generationen: Die „Kaiserreichs-Generation“ (Jahrgänge 1880 bis 1905), deren gewerkschaftliche Erfahrungen noch in die Jahre des Kaiserreichs zurückreichte. Sie wird in den 1950er Jahren abgelöst durch die „Weimarer Generation“ (1905 bis 1915), die in der konfliktreichen Weimarer Republik und durch die Spaltung der Arbeiterbewegung sozialisiert worden war. Die „45er Generation“ (1915 bis 1925) schließlich tritt im Laufe der 1960er Jahre auf die gewerkschaftliche Bühne. Diese „Gewerkschaftsmanager“ seien, so Hildebrandt, in der NS-Zeit sozialisiert worden und leiteten eine Modernisierung jenseits des Traditionalismus der Arbeiterbewegung ein.

So attraktiv dieses Modell erscheint, es weist offenkundig eine methodische Schwäche auf, denn Hildebrandt begrenzt es auf die Funktionäre des DGB. Für den FDGB wählt er andere generationelle Abgrenzungen, die sich vor allem auf die Geschichte der DDR beziehen. So rekrutierten sich die Spitzenfunktionäre vorrangig aus einer „Gründergeneration“ des SED-Staats, kommunistische Funktionäre der Jahrgänge 1880 bis 1920, die von Erfahrungen des Ersten Weltkriegs und den Wirtschaftskrisen der 1920/30er Jahre geprägt und der kommunistischen Utopie verhaftet waren. Hildebrandt unterscheidet davon die Basisfunktionäre, die zwar ebenfalls der „Gründergeneration“ angehörten, aber deren Erfahrungen nicht zuletzt deshalb andere waren, weil sie sich in der Mehrheit als ehemalige sozialdemokratische Funktionäre politisch-ideologisch von den kommunistischen Spitzenfunktionären unterschieden hätten. Als weitere Generation nennt er die „HJ-Generation“ beziehungsweise „Aufbaugeneration“ (Jahrgänge 1920 bis 1929), die in den 1950er Jahren in Funktionen des FDGB eingetreten sei und schließlich die „Integrierte Generation“ von zwischen 1945 und 1960 Geborenen, die als erste Generation nur im System der DDR sozialisiert worden waren. Von dieser Generation treten allenfalls die Ältesten ab Ende der 1960er Jahre Funktionen an. So wichtig es ist, ideologische Aspekte

zu berücksichtigen, ein offeneres, dafür aber einheitliches Generationenmodell hätte analytisch mehr Nutzen gebracht.

Überhaupt misst Hildebrandt der historisch-ideologischen Dimension aus Sicht des Rezensenten eine zu hohe Wirkungsmacht bei. In einem zweiten ebenfalls einleitenden Kapitel holt er bis in die Gründerjahre der deutschen Arbeiterbewegung im 19. Jahrhundert aus, um Ursprünge und Entfaltung des deutsch-deutschen Beziehungskonfliktes auszuloten. Fraglos spielte Ideologie im Ost-West-Konflikt eine grundlegende Rolle. Doch die von Hildebrandt auf die Spaltungsgeschichte der Arbeiterbewegung zurückgeführte Dichotomisierung in „Reformisten“ hier und „Radikale“ (sprich: Kommunisten) dort für die Entwicklung der Nachkriegszeit und die Herausbildung gegensätzlicher Organisations- und Politikmodelle ist zu statisch. Entscheidender waren die Rahmenbedingungen im besetzten und bald geteilten Deutschland. Kommunisten gab es auch in den Gewerkschaften der Westzonen und Sozialdemokraten in erheblichem Umfang in den Gewerkschaften der SBZ. Die kommunistische Dominanz dort konnte nur unter den Bedingungen der sowjetischen Besatzung gelingen. Die Geschichte von DGB und FDGB ist somit nur bedingt eine Fortsetzungsgeschichte der Spaltung der Arbeiterbewegung und ohne die Besatzungsgeschichte nicht zu verstehen.

In den folgenden Kapiteln entwirft Hildebrandt ein akribisches, auf umfangreichen Quellenrecherchen fußendes Bild von den internen und öffentlichen Diskursen der deutsch-deutschen Gewerkschaftsbeziehungen. Er unterteilt den Untersuchungszeitraum in vier Phasen: Einer Phase, in der die Frage der Wiedervereinigung trotz oder vielleicht gerade angesichts der sich verfestigenden Blockeinbindung einen hohen Stellenwert besitzt (1955-1958), folgen Jahre gegenseitiger „Destabilisierungsversuche“ (1958-1961). Der Mauerbau als Zäsur und die gewerkschaftliche Deutschlandpolitik im „Schatten der Mauer“ (1961-1964) und der schließlich vollzogene Wandel zu einer „Deutschlandpolitik als Ostpolitik“ (1964-1969) bilden die beiden weiteren Phasen. Deutlich ist in all diesen Zeitabschnitten, dass die Gewerkschaften hier wie da in den Gesamtrahmen der jeweiligen staatlichen Politik eingebunden sind. Dies überrascht im Fall des FDGB, der ja ausdrücklich die Führungsrolle der SED anerkannte und nach deren Anweisungen agierte, kaum, dies gilt jedoch auch in der Gesamtsicht für den DGB. Beispiele hierfür sind die Abgrenzungs- und Alleinvertretungspolitik des DGB und eine Perspektive, die analog zur Adenauerschen „Magnettheorie“ mit sozialpolitischen Erfolgen in der Bundesrepublik und einem attraktiven Wiedervereinigungsprogramm „die Magnetwirkung auf den FDGB erhöhen sollte“ (S. 132). Allerdings kann Hildebrandt für den DGB einen vielschichtigen und kontroversen Willensbildungsprozess aufzeigen, in dem unterschiedliche Akteure in pluralistischer Weise um die Entscheidungen in der deutsch-deutschen Gewerkschaftspolitik ringen, ein Prozess, der im Fall des FDGB angesichts der in der Massenorganisation herrschenden Strukturen selbstredend nicht zu erkennen ist.

Der 13. August 1961 stellt eine Zäsur in der gewerkschaftlichen Deutschlandpolitik dar. Im Westen verabschiedete man sich Zug um Zug vom Alleinvertretungsanspruch und wandte sich analog zur SPD einer „neuen“ Ost- und Deutschlandpolitik zu. Zwar war die Forderung nach „Koexistenz zweier deutscher Staaten“ anstatt Wiedervereinigung, wie sie der Publizist Helmut Lindemann in den gewerkschaftlichen Monatsheften im März 1964 erhob, umstritten, doch schließlich schwenkte der DGB auf die Politik des „Wandels durch Annäherung“ ein. Auch für den FDGB bedeutete der Mauerbau 1961 eine Zäsur. Die personal- und kostenintensive, aber wenig effektive Westarbeit, die er bislang betrieben hatte, wich einer stärker ‚verwissenschaftlichten‘ politischen Bildungs- und Propagandarbeit; aus dem „Büro für nationale Gewerkschaftsarbeit“ wurde die „Abteilung für Arbeiterfragen in Westdeutschland“. Der FDGB folgte zudem jener Direktive, die Walter Ulbricht im Dezember 1962 im Vorfeld der eingeleiteten Wirtschaftsreformen ausgegeben hatte: Der Kampf um die friedliche Regelung der deutschen Frage gehe zwar weiter, Vorrang hätten jetzt jedoch ökonomische Fragen.

Der Wechsel zur „Neuen Ostpolitik“ brachte auch bei den Gewerkschaften (West) eine pragmatischere Sicht auf die deutsch-deutsche Situation mit sich. Das Thema „Wiedervereinigung“ verlor an aktueller Brisanz, die Erreichung möglichst erträglicher Beziehungen zwischen Ost und West standen im Vordergrund. Der FDGB reagierte auf diese Entwicklung im DGB, ohne eigene Akzente zu setzen, mit einer Mischung von Misstrauen und Abgrenzung und zögerlicher Bereitschaft zur Kontaktaufnahme. Mit diesem Verhaltensmuster blieb der FDGB auf seiner bisherigen, in seinen Handlungsspielräumen stark eingegengten Linie. Für einen konstruktiven Vorstoß einer nicht nur ideologisch-

propagandistischen „Aktionseinheit“, sondern im Sinne einer deutsch-deutschen Politik der Annäherung fehlte dem FDGB jeglicher Bewegungsspielraum, aber auch die nötige politische Motivation. Beim Wandel zur neuen gewerkschaftlichen Ost- und Deutschlandpolitik kam ein Generationswandel zum Tragen. Pioniere dieser neuen Politik wie der ÖTV-Vorsitzende Heinz Kluncker, nach dem Generationsmodell Hildebrandts ein „45er“, strebten nach Aussöhnung mit den osteuropäischen Staaten und einem unverkrampfteren Umgang mit der DDR – die gesamtdeutsche Prägung verblasste in dieser Generation. Letzteres gilt im Übrigen auch für den FDGB. Diese gesamtdeutsche Dimension war jenseits der offiziellen Positionen von DGB und FDGB ein verbindendes und prägendes Element, auch im Bereich persönlicher Beziehungen, vor allem der älteren Generation. Dies nutzte der FDGB in den 1950er Jahren für seine Politik der Einflussnahme auf die Westgewerkschaften, so etwa, wenn er den Gewerkschaftsveteranen Josef Orlopp zum ÖTV-Vorsitzenden Adolf Kummernuss sandte. Beide kannten sich aus der Gewerkschaftsarbeit vor 1933 und waren im Kampf gegen das NS-Regime miteinander verbunden gewesen. Stärker noch als im Verhältnis der beiden deutschen Staaten allgemein ist im gewerkschaftlichen Bereich ein widersprüchlich scheinender Prozess zu konstatieren: Je stärker noch gesamtdeutsche Prägungen und persönliche Verbindungen über die Systemgrenzen hinweg vorhanden waren, desto massiver waren Alleinvertretungsanspruch und Abgrenzung; erst mit der bitteren Realität der Mauer und einer neuen in die Führungspositionen einziehenden Generation kehrt ein pragmatischerer und gelassenerer Kurs ein, oder wie Jens Hildebrandt formuliert: Die Beziehungen zwischen DGB und FDGB wandelten sich von einem „konfrontativen Ineinander und Gegeneinander in ein reguliertes Nebeneinander“ (S. 683).

Kritisch anzumerken bleibt eine Gliederung, die durch ihre strikte Trennung der Diskurse und Entscheidungen im DGB einerseits und des FDGB andererseits zu mehrfachen Redundanzen führt – die selben Vorgänge werden einmal stärker aus der Sicht des DGB und dann aus jener des FDGB dargestellt. Hier hätte eine konsequent integrative Gliederung Entlastung geschaffen, wie überhaupt eine mitunter zu deskriptive Darstellungsweise stärker analysierend gebündelt hätte werden können. Auch hätte sich der Rezensent eine noch deutlichere Einbindung der gewerkschaftlichen Diskurse in die allgemeine politische Wahrnehmung gewünscht, sowie eine stärkere Akzentuierung der Frage, welche Rolle den Gewerkschaften im deutsch-deutschen Annäherungsprozess insgesamt zukam. Gleichwohl: Jens Hildebrandt hat eine wichtige Untersuchung in einem bislang weitgehend vernachlässigten Forschungsfeld vorgelegt und einen wesentlichen Beitrag zur deutsch-deutschen Teilungs- und Gewerkschaftsgeschichte geleistet.

Detlev Brunner, Leipzig

Zitierempfehlung:

Detlev Brunner: Rezension von: Jens Hildebrandt, Gewerkschaften im geteilten Deutschland. Die Beziehungen zwischen DGB und FDGB vom Kalten Krieg bis zur Neuen Ostpolitik 1955 bis 1969 (Mannheimer historische Forschungen, Bd. 31), Röhrig Universitätsverlag, St. Ingbert 2010, in: Archiv für Sozialgeschichte (online) 51, 2011, URL: <<http://www.fes.de/cgi-bin/afs.cgi?id=81265>> [1.7.2011].